

Mittelstand für Europa

Ein Bollwerk gegen Vermassung und Sozialismus

Als eine „großartige und geniale Idee“ hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Emilio Colombo, die Gründung einer Europäischen Mittelstandsunion genannt, als auf Initiative der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 8./9. April 1979 in Rom der 1. Europäische Mittelstandskongreß mit dem Ziel, eine Europäische Mittelstandsunion zu gründen, abgehalten wurde.

Aus Christlich Demokratischen, Konservativen und anderen Mitte-Parteien Europas haben sich Mittelständler zusammengefunden, den Mittelstand in Europa zu der Kraft zu machen, die er aufgrund seiner Größe, seiner Bedeutung als Arbeitgeber und als stabilisierender Faktor in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung der nächsten Zukunft hat.

Der Mittelstand muß zu der überzeugenden Kraft in Europa mit direkt gewähltem Parlament werden, um ideologischen gewerkschaftlichen Bestrebungen, sozialistischen Einheitsbemühungen und der unheiligen Allianz von staatlichen Bürokratien und Großunternehmen ein überzeugendes Bekenntnis zum Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft entgegenzustellen.

Europa wird nur dann in Freiheit mit demokratischen Verfassungen lebensfähig bleiben, wenn die abendländische Idee von der verantworteten Freiheit, nämlich

- Subsidiarität und dezentrale Entscheidung als Ordnungsprinzip gegen falsch verstandene Solidarität,
- Risikobereitschaft und Innovationsfreude als Leistungsprinzip gegen Mittelmaßigkeit und Rückzug in das Private,
- Selbständigkeit als Gestaltungsprinzip gegen Verteilungs- und Bürokratisierungstendenzen,

erhalten, entwickelt und weitergetragen wird.

Die Situation des Mittelstandes in Europa

Wenn fast zwei Drittel aller Arbeitnehmer in Europa im mittelständischen Bereich beschäftigt sind und über 90 % aller Unternehmungen in Europa kleine und mittlere Unternehmen sind, so wird deutlich, welches politische Gewicht, welche wirtschaftliche Bedeutung und welche gesellschaftliche Funktion dem Mittelstand insbesondere vor den Wahlen zum direkt gewählten Europäischen Parlament zukommt.

Wenn auch einheitliche quantitative Abgrenzungen für die Gruppierung des Mittelstandes bzw. der kleinen und mittleren Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft aufgrund von Branchenbesonderheit und betriebspezifischen Gegebenheiten schwerlich möglich sind, sind dennoch qualitative Kriterien charakteristisch, die eine Zuordnung zum Mittelstand ermöglichen, und zwar

- ein rechtlich selbständiges Unternehmen,
- die Eigentumsmehrheit liegt bei einer Person oder Personengruppe,
- sie haben keinen unmittelbaren Zugang zum Kapitalmarkt,
- in der Geschäftsleitung sind in der Regel die Eigentümer tätig,
- auf die ein Großunternehmen weder unmittelbar noch mittelbar einen beherrschenden Einfluß ausüben kann.

Wie attraktiv der Mittelstand als Arbeitgeber in der Europäischen Gemeinschaft für die berufstätige Bevölkerung ist, wird in jüngsten Erhebungen unterstrichen, daß ein Drittel der berufstätigen Bevölkerung lieber in einem Betrieb mit höchstens 50 Arbeitnehmern arbeiten würde und nur ein Fünftel eine Beschäftigung in Betrieben mit über 500 Arbeitnehmern vorziehen würde. D. h., daß die übergroße Mehrheit der Arbeitnehmer in Europa lieber im mittelständischen Betrieb tätig ist.

Der Notenboom-Bericht der Europäischen Gemeinschaft zur Lage der kleinen und mittleren Unternehmen weist mit Recht darauf hin, daß zu den Voraussetzungen für Stabilität und Wachstum sowie zur Bewältigung der Arbeitslosenprobleme in Europa die kleinen und mittleren Betriebe einen entscheidenden Beitrag dadurch leisten, daß sie

- zur Steuerung von Macht, Verantwortung, Besitz und Risiko beitragen,
- als arbeitsintensive Betriebe qualifizierte Facharbeiter beschäftigen,
- im strukturellen Wandlungsprozeß relativ leicht auf andere Tätigkeiten ausweichen können,

- dem Wunsch nach Humanisierung der Arbeitswelt dadurch entgegenkommen, daß im kleinen überschaubaren Bereich gearbeitet werden kann,
- bei der Versorgung des Verbrauchers mit Erzeugnissen und Dienstleistungen eine wichtige Rolle spielen und
- dem einzelnen mittelständischen Unternehmer die Möglichkeit zur Entfaltung seiner spezifischen Fähigkeiten bieten.

Wenn von den mehr als 6 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft zur Zeit fast 2,4 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Beschäftigung von der Schule kommend auf der Suche nach Arbeit sind, so finden im mittelständischen Bereich über 90 % aller gewerblichen Lehrlinge eine Lehrstelle mit Zukunft.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit liegen in den verführerischen Versuchungen, die aus Unbehagen über eine nicht zu bewältigende, komplizierter gewordene Welt und aus Existenzangst die Bereitschaft entstehen lassen, eine chaotisch erscheinende Welt neu zu ordnen, und zwar neu zu ordnen im Sinne einer heilen Welt, wie sie der Marxismus und Sozialismus verheißen. Diesen Herausforderungen kann nur begegnet werden, wenn sich der Mittelstand in Europa stellt. Eine fortschrittliche Politik der Mitte für Europa muß sich am Leitbild des freiheitlichen und selbständigen Menschen orientieren.

Mittelpunkt dafür ist der das Risiko für eigenes Handeln verantwortlich übernehmende Mensch, „der durch die Wagnisse, die er eingeht, ständig in Form bleibt und seine überschüssige Energie für die öffentlichen Angelegenheiten in einem engeren und weiteren Kreis zur Verfügung stellt“ (H. Niehaus). Die geistespolitischen Herausforderungen in Europa an den Mittelstand werden dadurch zusätzlich erschwert, daß kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb ganz besonders benachteiligt sind:

- weil der Staat immer mehr Verwaltung auf die Unternehmen abgeschoben hat,
- weil der Mittelstand mit Auflagen belastet ist, deren Kosten zwar das Großunternehmen, nicht aber der kleine Betrieb tragen kann,
- weil der Zugang zu Eigen- und Fremdkapital für kleine und mittlere Unternehmen schwieriger ist,
- weil das Wettbewerbsrecht den Leistungswettbewerb nicht ausreichend fördert,
- weil das Steuerrecht die kleinen und mittleren Unternehmen überproportional benachteiligt,
- weil die Gesetzgebung zu einseitig an Großbetrieben orientiert ist.

Beispiele:

Der Gesetzgeber orientiert sich am „typischen Beschäftigungsverhältnis“, womit das Beschäftigungsverhältnis des Arbeiters im Großunternehmen, d. h. des Massenarbeiters im Großunternehmen gemeint ist. Das gilt im arbeitswirtschaftlichen und sozialwirtschaftlichen Bereich.

Die Folge ist, daß mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland z. B. heute ein Bürokratieaufwand verbunden ist, den ein Arbeitgeber mit nur drei Beschäftigten im Grunde nicht mal einlösen kann. Diese Wirkung der Gesetzgebung führt dazu, daß die Zahl der Arbeitgeber sich verringert und damit strukturelle Arbeitslosigkeit vorprogrammiert ist.

Ein weiteres Ungleichgewicht ist das in der Lohn- und Einkommenspolitik. Das System der Gewerkschaften oder Gewerkschaftsstruktur hat einen großen Mangel. Der Mangel besteht darin, daß sich die Lohnpolitik wiederum nur an der Leistungsfähigkeit der Leistungsfähigsten orientiert und Tarifabschlüsse in der Regel an Maßstäben von Großunternehmen gemessen werden.

Wenn aber zwei Drittel aller Beschäftigten im Mittelstand beschäftigt sind und eine Pro-rata-Vermehrung der Arbeitsplätze in der Großindustrie nicht zu erwarten ist, dann lautet die Folge: Der wesentliche Teil der Last der Vermehrung von Arbeitsplätzen muß im mittelständischen Bereich getragen werden.

Auf dem Weg zu einer Europäischen Mittelstandsunion

Auf Einladung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU trafen sich im November 1977 Vertreter des Mittelstandes aus 17 Ländern der freien Demokratien Europas in Bonn zu einer ersten Europäischen Mittelstandskonferenz. In einer gemeinsam getragenen Abschlusserklärung wurde die Absicht zum Ausdruck gebracht:

1. unabhängig von anderen bestehenden oder entstehenden Strukturen Mittelstandspolitikern aus allen interessierten Parteien oder Gruppierungen der politischen Mitte zum gemeinsamen Handeln zusammenzuführen,
2. die gemeinsamen Anstrengungen einer näher zu bestimmenden Organisationsform zu finden,
3. den Dialog mit den bestehenden Föderationen von Parteien der Mitte insbesondere mit den Christdemokraten und Konservativen intensiv zu führen

und offizielle Kontakte zu kooperationswilligen Kräften im Europäischen Parlament und in der beratenden Versammlung des Europarates aufzunehmen und

4. innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Kongreß durchzuführen, um gemeinsam mittelstandspolitische Ziele in Europa vor einer breiten Öffentlichkeit zu proklamieren.

Unter Leitung von Dr. Christian Schwarz-Schilling, MdB, wurde ein Exekutivbüro mit der Aufgabe betraut, 1. ein Manifest zu erarbeiten, 2. Statuten zu erstellen und 3. die Vorbereitungen für den Gründungskongreß einer Europäischen Mittelstandsunion vorzubereiten.

Die vorbereitenden Arbeiten mit dem Ziel der Gründung einer Europäischen Mittelstandsunion haben gezeigt, daß die Probleme bei den Europäischen Partnern prinzipiell die gleichen sind, jedoch der Begriff Mittelstand durchaus nicht von unseren ausländischen Partnern wörtlich übersetzt werden kann.

Der Wille zum Zusammenschluß in einer Europäischen Mittelstandsunion ist jedoch überzeugend bekundet und von unseren Partnern in der Absicht getragen, den sozialistischen Tendenzen in Europa ein überzeugendes Bekenntnis zum Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft mit freiheitlicher demokratischer Verfassung entgegenzusetzen.

Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Emilio Colombo, fand am 8./9. April 1979 in Rom der erste Europäische Mittelstandskongreß statt, wobei ca. 250 Delegierte aus den Ländern Europas das Manifest für eine Europäische Mittelstandsunion einstimmig verabschiedeten und die Statuten einhellig mit der Auflage angenommen haben, daß sie am 1. Juli 1979 in Kraft treten, um den satzungsrechtlichen Rahmen für die weitere Arbeit der Europäischen Mittelstandsunion zu ermöglichen.

Die Europäische Union Christlicher Demokraten EUCD wie auch die Europäische Demokratische Union EDU haben mit der Europäischen Mittelstandsunion einen starken Partner gewonnen. Aber auch innerhalb der Europäischen Volkspartei EVP wird die Arbeit für den Mittelstand künftig institutionalisiert sein. Während des ersten Europäischen Mittelstandskongresses haben sich Delegierte aus den EVP-Mitgliedsländern zur Gründung einer Mittelstandssektion innerhalb der EVP zusammengefunden, was vom Kongreß mit großer Befriedigung aufgenommen wurde. Damit ist eine direkte Verankerung zum Europäischen Parlament gegeben, um die berechtigten Anliegen des Mittelstandes in Europa durch Christdemokratische, Konservative und andere Parlamentarier der Mitte-Parteien in entsprechender Weise berücksichtigt zu wissen.

Die Arbeit der Europäischen Mittelstandsunion für Europa

Europa braucht einen leistungsfähigen und verlässlichen Partner aus dem mittelständischen Bereich. Europa darf nicht den Sozialisten und den gewerkschaftlichen Bestrebungen falsch verstandener Solidargemeinschaften ausgeliefert werden.

Die Kraft Europas liegt in ihrem Bekenntnis zum freiheitlichen abendländischen Kulturgut mit demokratischer Verfassung. Die Europäische Mittelstandsunion setzt sich dafür ein.

In enger Abstimmung mit unserem britischen Partner, dem Small Business Bureau der Konservativen Partei, wird ein Arbeitsprogramm entwickelt, das

- die gewerkschaftlichen Machtbestrebungen zurückdrängt,
- Verstaatlichungstendenzen ein entschiedenes Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnung entgegensetzt,
- die Bewußtseinsbildung zum Selbständigenproblem fördert,
- Existenzgründungsprogramme erarbeitet,
- in der Wettbewerbsregelung neue Maßstäbe für kleine und mittlere Unternehmen setzt.

Die Europäische Mittelstandsunion zählt zu ihren wichtigsten Aufgaben zukünftiger Wirtschafts- und Finanzpolitik im europäischen Rahmen wirtschaftliche Stabilität und Sicherung des Geldwertes. Eine auf Stabilität gerichtete Wirtschaftspolitik fördert auf mittlere und längere Sicht die Wachstumsgrundlagen der nationalen Wirtschaften und trägt damit zum Fortschritt in Europa bei. Dadurch werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und soziale Gerechtigkeit für alle am ehesten gefördert.

Die Sozialisten haben sich nicht als fähig erwiesen, ein eigenständiges, durchgängiges Programm zu entwickeln. In einigen Ländern praktizieren sie offen die Zusammenarbeit mit Kommunisten. Sie fordern öffentlich die Verstaatlichung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft, während die SPD in Deutschland aus taktischen Gründen diese Ziele nur ansatzweise anspricht. Diese Taktik läßt befürchten, daß die SPD über Europa ihre Vorstellungen bei uns durchsetzen will, welche sie bisher nicht offen ausspricht und auch nicht verwirklichen kann.

Am 10. Juni kommt es auf jede Stimme an, **daß in Europa die Sozialisten und Kommunisten nicht aufs Spiel setzen, was wir in Deutschland mit Adenauer und Erhard erarbeitet haben.**

Freiheit, Wohlstand und soziale

Helmut Kohl: „Es geht um die Freiheit und Sicherheit in Deutschland und Europa. Deshalb kämpfen wir gegen ein sozialistisches Europa.“

Gerechtigkeit

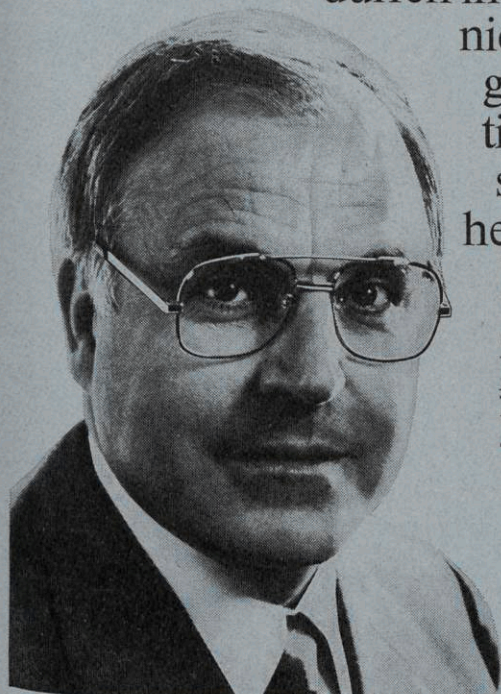
dürfen in Europa

nicht durch Klassenkampf gefährdet, durch Bürokratismus erstickt und durch sozialistische Weltfremdheit verschleudert werden.

Deshalb: *Gegen ein sozialistisches Europa.*
Deutsche wählt das freie und soziale Europa.



„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“
(Konrad Adenauer 1954)



CDU
II FÜR EUROPA



„Politische Fehlentscheidungen führen zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Stillstand. Auf jeden Schritt fort vom Weg der Sozialen Marktwirtschaft folgt die gesamtwirtschaftliche Quittung. Denn nicht unsere Wirtschafts- und Sozialordnung versagt, sondern die Politik, wenn sie versucht, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu überspielen.“

Grundsatzprogramm der CDU

Am 10. Juni kommt es auf jede Stimme an, daß unsere deutschen Arbeitsplätze nicht durch europäischen Sozialismus verwirtschaftet werden.

Was die deutschen Arbeitnehmer in der Sozialen Marktwirtschaft erreicht haben, hat noch kein Sozialismus für seine Werktätigen erreicht. Wohlstand und Sicherheit dürfen nicht durch sozialistische Wirtschaftspolitik gefährdet werden. Deshalb: *Gegen ein sozialistisches Europa. Deutsche, wählt das freie und soziale Europa.*



CDU
II FÜR EUROPA